

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.,
vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nebelam 30 Pf.

Annahme von Inseraten: Kohnmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Dabbe, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Zur Stettiner Wahl.

Stettin, 20. Mai.

Nach dem Wahlscheitern vom 31. Mai 1893 ist
Wähler für den Reichstag jeder Deutsche, wel-
cher das 25. Lebensjahr zurück-
gelegt hat, und zwar da, wo er sei-
nen Wohnsitz hat. Es können also bei der
bevorstehenden Wahl mitwirken, welche vor-
dem 15. Juni 1893 geboren sind. Von der
Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:
1. Personen, welche unter Vormundschaft oder
Kuratel stehen. 2. Personen, welche sich im Kon-
fiskations- oder Fälligkeitsschuld befinden. 3. Personen,
welche Armeunterstützung beziehen oder im letzten
der Wahl vorhergehenden Jahre bezogen haben.
4. Personen, denen die staatsbürgerlichen Rechte
abgenommen worden sind, für die Zeit der Aberken-
nung. 5. Personen des Soldatenstandes des
Heeres und der Marine, so lange sich dieselben
bei der Fahne befinden. Zu 3. vorstehend wird
noch besonders bemerkt, daß als Armeunter-
stützung auch die Verpflegung in Krankenanstalten
auf Kosten der Gemeinde gilt. Personen, welche
für sich oder ihre Familienangehörigen Kranken-
verpflegung erhalten haben, sind daher nicht wahl-
berechtigt, wenn sie die entfallenden Kosten nicht
erstattet haben. — Hinzugefügt werden
mag noch, daß auch diejenigen Personen, selbst
wenn sie wahlberechtigt sind, nicht mitwählen
können, deren Namen verzeichnet nicht in die
Wählerliste aufgenommen sind. Es ist daher
durchaus notwendig, daß ein Jeder, dem an der
Ausübung seines Wahlrechts etwas gelegen ist,
sich überzeugt, ob die Eintragung seines Namens
erfolgt ist. Hierzu ist nur noch bis zum
25. Mai Gelegenheit gegeben, da nur bis zu
diesem Tage die Wählerliste im Rathhause zur
Einsicht ausliegt. Da bei dem bevor-
stehenden Wahlkampf jede einzelne
Stimme von Gewicht ist, so ist die
Einsicht der Listen dringend nötig.
Zweifellos wird der Wahlkampf in Stettin
mit großer Heftigkeit entbrennen, da sich nicht
weniger als fünf Kandidaten gegenüber stehen.
Von diesen fünf stimmen drei der Militärvorlage
zu, welche ja bei dem bevorstehenden Kampf als
Grundlage dient. Es ist nun Pflicht, zu prüfen,
welcher von diesen Kandidaten wohl am ge-
eignetsten erscheint, Stettin zu vertreten, und da
müßten wir allen Wählern empfehlen, bei dieser
Prüfung einen Umstand zu berücksichtigen, der uns
von großer Wichtigkeit erscheint und wohl geeignet
ist, bei der Prüfung den Ausschlag zu geben.
Stettin ist Handelsstadt, seine wirtschaftlichen
Verhältnisse sind abhängig von dem Empor-
blühen und der Entwicklung des Handels und
jeder Stettiner — mag er einen politischen Stand-
punkt einnehmen, wie er wolle — verfolgt mit
größtem Interesse die Entwicklung des hiesigen
Handels. Daß sich die verschiedenen Parteien
darin einig sind, daß sich in einer der letzten Stadt-
verordneten-Sitzungen gezeigt, wo trotz der ver-
schiedenen Parteistellung der Mitglieder die Han-
delvorlage einstimmig zur Annahme gelangte
und damit gegen 11 Millionen zur Hebung und
Kräftigung des hiesigen Handels bewilligt wurden.
Unter diesen Umständen ist es aber ein dringendes
Bedürfnis, daß Stettin auch in der ge-
setzgeberischen Körperschaft von
einem Mann vertreten wird, der mit
den handelspolitischen Verhält-
nissen genau vertraut ist und dessen
Wort bei handelspolitischen Fra-
gen Gewicht hat.

Wenn man diese Thatsachen bei der Prüfung
der Kandidatenfrage berücksichtigt, so kann man
kaum zweifelhaft sein, wenn unter den in Stettin
aufgestellten fünf Kandidaten die Stimme zu
geben ist: Herrn Max Brömel, denn der-
selbe ist eine anerkannte Autorität auf allen Ge-
biet des Handels, er ist genau vertraut mit den
Stettiner Verhältnissen und selbst seine Gegner
müssen dies anerkennen. Dies Alles ist aber für
Stettin als Handelsstadt so wichtig, daß man dar-
über keine Bedenken fallen lassen muß, bei denen
man mit Brömel nicht übereinstimmt. Wir selbst
stehen nicht in allen wirtschaftlichen Fragen an
Seiten Brömel, aber trotzdem können wir bei
der gegenwärtigen politischen Lage den hiesigen
Wählern nur aus voller Ueberzeugung raten:

Wählt Brömel!

Was die Kandidatenfrage betrifft, so ergibt
folgendes Tableau eine bequeme Uebersicht:

A. Regierungsbefehl Stettin. 1. Kreise
Demmin-Allam (bisher Vertreter Frhr.
v. Malabay-Neufeld). 2. Kreise
Niederrande-Usedom-Wollin (bisher-
riger Vertreter Vize-Admiral v. Henk-Verlin).
Landtagsabgeordneter von Endowitz-Bogelung
(konf.), Stabschefbrigade-Brigade-Wallat (frei-
willig), Galtwitz-Gründel-Verlin (konf.).
3. Kreise Rantow-Greifswald (bisher-
riger Vertreter v. d. Nien-Blumberg). Ritterschiff
Pratorius-Röderbeck (konf.), ferner Rörten-Verlin
(konf.). 4. Stadt Stettin (bisher Vertreter
Brömel-Stettin). General-St. v. Heydewitz-Stettin
(konf.). Max Brömel-Verlin (frei. Vereinigung).
Rechtsanwalt Munkel-Verlin (deutsche), Prof.
Dr. Forster-Verlin (Antisemit), Buchdrucker-
besitzer Herbert-Stettin (konf.). 5. Kreise Brieg-
Sagitz (bisher Vertreter v. Schöningh-Wibrow).
v. Schöningh-Wibrow (konf.), Kaufmann Stör-
Bredow (konf.). 6. Kreise Raugard-Regen-
walde (bisher Vertreter v. Füllge-Spad).
Ritterschiffbesitzer v. Dornow-Schönhausen (konf.).
Stadtverordneter Vorkmann-Grabow (konf.). 7.
Kreise Greifenberg-Kammin (bisher Vertreter
Oberlieutenant v. Normann). Oberst.
v. Normann-Parlow (konf.), Metallarbeiter Runtze-
Stettin (konf.).

B. Regierungsbefehl Köslin. 1. Kreise
Stolp-Panenburg (bisher Vertreter Hof-
besitzer Dan). Bauerhofbesitzer Will-Schneblin
(konf.), Gutsbesitzer Wilsberg-Kern (freiwil-
lige Vereinigung), Schiffbauer Bröder-Stettin (konf.).
2. Kreise Bütow-Rumelsburg-
Schlawe (bisheriger Vertreter Major von
Maffow-Nehr). Major von Maffow-Nehr
(konf.), Georg Schifmann (deutschfreisinnig), Re-
dakteur Nathusius-Stettin (konf.). 3. Kreise
Köslin, Kolberg-Körlin, Puditz
(bisher Vertr. v. Gerlach). Landrath A. D. von
Gerlach-Parlow (konf.), Vorkath Benoit-Char-
lottenburg (frei. Vereinigung), Materialwaaren-
händler Vog-Köslin (konf.). 4. Kreise Bel-

gard-Schivelbein-Dramburg (bisher-
riger Vertreter v. Klein-Schmenzin). Ritterschiffbesitzer
v. Knebel-Dörerb-Abgast (konf.). Hafenarbeiter
Steinweg-Stettin (Soziald.). 5. Kreise Ne-
stettin (bisher Vertreter Landrath v. Vusse).
Ritterschiffbesitzer von Herzberg-Sottin (konf.),
Buchhalter v. Nassau-Verlin (Antisemit), Schir-
meister Wafschau-Grabow (konf.).

C. Regierungsbefehl Straßund. 1.
Kreise Rügen, Franzburg und Stadt-
kreis Straßund (bisher Vertreter v. Reubell).
Wittl. Geh. Rath v. Reubell-Verlin (konf.),
Ritterschiffbesitzer v. Langen-Videnhagen (christl.
Soz.), Zimmerer Barthmann-Hamburg (konf.).
2. Kreise Grimmen-Greifswald (bisher-
riger Vertreter Graf v. Behr). Landrath Graf von
Behr-Dehnbach (konf.). Zigarrenfabrikant Reg-
ner-Wolgast (konf.).

Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Als der verstorbene Abg.
Berger das geflügelte Wort von dem Plutonium
vor den Wählern sprach, hat er vergessen, einige
Vorlichte doch auch hier anzuzünden. Man
kann sich getrost auf Pariser Rauten und allen-
falls auch noch auf einflussreiche Herren in Kiew
berufen. Aber einen Wächter zu zitiern ist
eine kitzeligere Sache, wie Herr Dr. Baumbach
fest erkennen muß, der gewiß nicht an das böse
Nachspiel dachte, als er vor seinem entzückten Be-
suchtversammlungsplacat mit privaten Mit-
teilungen des französischen Gesandten renom-
mierte. Für gewisse Leute an der Seine, denen
die verständige und geschickte Art, wie Herr
Berberth seines Amtes waltet, schon längst ein
Gruel gewesen ist, haben die Auslassungen des
Herrn Dr. Baumbach willkommenen Anlaß ge-
boten, um den Ruf nach Ueberprüfung des Vor-
schlages aufs Neue erheben zu lassen. Und
dieser hat, um dem Geschehen ein Ende zu machen,
sich von Herrn Baumbach Anführung über diese
Behauptung erbeten und Anfrage und Antwort
durch die „N. A. Ztg.“ veröffentlichen lassen.
Wohl kaum zuvor ist eine Renommisterei so grau-
sam bestraft worden, wie in diesem Falle. Herr
Berberth stellt fest, daß er sich gar nicht be-
kennen konnte, dem Herrn Oberbürgermeister einmal
gelegentlich begegnet zu sein. Er stellt aber fest,
daß er Aeußerungen, wie sie ihm in den Mund
gelegt, zu seiner Person gehört habe, und daß
nur ungenügende Kenntnis der französischen
Sprache Herrn Baumbach irre geführt haben
könne. Endlich spricht er sein Bedauern darüber
aus, daß er in die Wahlinteressen des Herrn
Baumbach hinein gezogen sei, während er sich
jeden inneren Angelegenheiten Deutschlands
gehalten habe. Auf diesen letzten schweren
Vorwurf weiß Herr Baumbach nichts zu er-
widern, als daß der Name des Vorschlägers nur
nebenher genannt worden sei. Eine beiläufige,
gar nicht beabsichtigte Bemerkung sei in der
Presse sensationell aufgebauscht und zum Theil
entstellt worden. Was beabsichtigt oder nicht be-
absichtigt war, läßt sich, wenn der Redner selbst
es nicht betont, aus dem Bericht über die
Rede nicht entnehmen; und was das „beiläufige“
betrifft, so hat Herr Baumbach ganz ver-
gessen, daß er neben dem französischen sich auch
auf russische Zeugen berufen hat. Er hat also
wohl die Absicht gehabt, auch mit der beiläufigen
Bemerkung einen Erfolg zu erzielen, den Erfolg,
die Befürchtung vor einem russisch-französischen
Angriffskrieg vor seiner erleuchteten Herrschaft
als Gegenstand der mangelhaften unterrichteten
deutscher Staatsmänner und Offiziere erscheinen
zu lassen, die sich nicht gleich zur Unterrichtung
erheben wie der Oberbürgermeister von Danzig,
auch der Vorwurf sensationeller Zustimmung und
Einstellung der Rede muß selbst dem Redner, denn
er richtet sich gegen die Presse des Herrn Baumbach
selbst, aus deren Berichten die übrigen
Blätter erst ihre Kenntnis der Vorgänge geschöpft
haben. In der Sache aber bleiben noch einige
Punkte unauflöslich. Der Vorschlag beauptet,
Aeußerungen, wie sie ihm Baumbach in den
Mund gelegt, überhaupt nicht getan zu haben.
Herr Baumbach aber widerlegt, er habe in einer
Unterredung, die er im Reichsgesandtschaftspalais
mit dem Vorschläger geführt, auf den sehr taktvollen
Hinweis auf die französisch-russische Allianz die
Antwort erhalten, er (der Vorschläger) glaube
nicht, daß man berechtigt sei, von einer solchen
Allianz zu sprechen. Die einzelnen französischen
Worte wisse er nicht mehr; der Sinn sei aber so
gewesen. Sollte nicht die ungenügende Kenntnis
der französischen Sprache, auf die der Vorschläger
anspielt, dem Herrn Oberbürgermeister einen
Streich gespielt haben? Freilich erhebt sich auch
hier noch ein Fragezeichen. Nach Herrn Baumbach's
Brieftage mag man annehmen, daß die Unter-
redung in französischer Sprache geführt sei, auch
von Herrn Baumbach. Nun fragt aber die „N. A. Z.“
der Veröffentlichung des Briefwechsels die
Bemerkung hinzu, daß die kurze Unterredung von
dem Vorschläger in französischer, von Herrn
Baumbach in deutscher Sprache geführt wurde
und daß der Vorschläger, wie er es auf politische
Fragen Ueberseher stets zu thun pflegte, lediglich
geantwortet habe, daß er sich über die Frage
(nach der Allianz) nicht äußern könne. Sollte
der Vorschläger das Französisch des Herrn Baumbach
für Deutsch gehalten und dieser die fran-
zösische Antwort in der argen Weise mißverstän-
den haben, wie eine Gegenüberstellung der Baumbach'schen
Relation mit der der „N. A. Z.“ an-
nehmen lassen muß? Darüber wird wohl die
zweite Unterredung des Herrn Ober-
bürgermeisters Aufschluß geben, welcher jetzt wohl
sicher bedauern wird, nicht weniger eitel und we-
niger staatsmännlich vor seine Wähler getreten
zu sein.

Nach einem Verzeichniß der „N. A. Ztg.“
wollen sich nach bisherigen Erklärungen nicht
wieder um ein Mandat bewerben oder ein solches
nicht wieder annehmen von früheren Abgeordneten
der Konservativen 20, der Freisinnigen 1, der
National Liberalen 9, der Deutsch-Freisinnigen 11,
des Zentrums 23, der Volkspartei 3, der Sozial-
demokraten 2, der Elässer 1, der Wesseln 1, der
Antisemiten 1 und 2 Wilde. Auf vollständige
Richtigkeit kann das Verzeichniß natürlich keinen
Anspruch machen. Es sind danach im Ganzen
76 Parlamentäre.

Die Wahlbewegung hat die Lohnbewegung
vollständig lahm gelegt, tot gemacht. Nach
dem zum Theil gegliederten Schneidertreik in
Berlin sah es so aus, als wenn auf dem Gebiete
der Lohnbewegung uns größere Kämpfe bevor-

stünden; namentlich trugen sich die großen Ban-
arbeiter in den großen Städten mit stolzen Plänen;
sie glaubten, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo
sie ihre alten Ansprüche (Berlin 60 Pf. und
Kleinfundamentarbeit) durchsetzen könnten; auch
in den Kreisen der Metallarbeiter war die Strei-
klust stark entfacht: da kam die Reichstagsauflösung,
und allen Streikgekläuten wurde ein starker Dämpfer
aufgedrückt. Augenblicklich streiten in Deutschland
nur die Kleindrehler in Barmen, Glasarbeiter
in Gelnicht und die Zimmerer in Döberberg in
der Mark; sonst ist Alles still und es wird auch
so bleiben. Die Führer der Sozialdemokratie
brauchen alle Kräfte und jeden Groschen für die
Wahlen und was in ihren Kräften steht, wird
geschehen, neue Lohnbewegungen wenigstens für
die nächste Zeit zu verhindern. Gewerkschafts-
versammlungen finden daher auch nirgends statt
und Referenten sind nicht zu beschaffen, da diese
für andere Zwecke gebraucht werden. Auch nach
den Reichstagswahlen ist schwierig noch eine
Lohnbewegung zu erwarten; sie gehört vorzu-
bereiten, erfordert einige Wochen Zeit und dann
ist mittlerweile der August herangekommen und
das ist viel zu spät für Lohnbewegungen im Ban-
gewerbe u. s. v. Sodann ist auch alles Geld
für die Reichstagswahlen verpulvert und nach
der gewaltigen Anstrengung der Wahlen tritt
regelmäßig eine Abspannung und Ermüdung
ein. So können wir also wohl annehmen, daß
uns Lohnkämpfe größeren Umfanges für dieses
Jahr erspart bleiben werden.

Die „Staatsbürger-Ztg.“ schreibt: „Herr
Schwenhagen hat sich am Mittwoch Abend in
einer Versammlung bemerkt gefunden, der
„Staatsbürger-Zeitung“ wegen ihrer Aeußerung
gegen seine Duertreibereien „Augst“ und „Kon-
furrenzneid“ vorzuwerfen. Dieser Größenwahn
übersteigt denn doch Alles! Hat Herr Schwen-
hagen vergessen, daß er in einem an die „Staats-
bürger-Zeitung“ gerichteten Briefe selbst zugiebt,
der Polizei Material gegen die Partei, der er da-
mals angehörte, die Sozialdemokratie, geliefert zu
haben, um sich den Vortheil zu verschaffen, als
Einsparungs-Fremdlinger dienen zu dürfen, was er
als unfähiger Rationist versichert hat?“

Die durch Kabinettsordre vom 10. Okto-
ber v. J. aus der Liste des aktiven schwimmenden
Flottenmaterials gestrichenen Panzerschiffe „Grie-
drich Rort“ und „Kronprinz“ werden gegenwärtig
auf den Wilhelmshafener Werften größeren Aus-
besserungen und Umbauten unterzogen. Die-
lassen darauf schließen, daß man noch auf Jahre
hin ihre Verwendung als Panzerschiffe plant,
so daß die beiden alten Panzer, die an Gesamt-
kosten, Reparaturkosten und Unterhaltung bis
zum 1. April 1892 21 727 168 Mark gekostet ha-
ben, der Marineverwaltung noch von Nutzen sein
werden. In der Folge werden aber in den Risten
vier Panzerschiffe als Panzerschiffe geführt werden,
von denen die beiden obgenannten der Marine-
station der Nordsee zugetheilt worden sind, wäh-
rend die zu gleichen Zwecken dienenden Schiffe
„Arminius“ und „König“ in Kiel stationiert sind.
Da die Bezeichnung „Panzer“ in unserer
Marine neu ist, so läßt sich noch nicht genau
überlegen, welches die Hauptfunktionen dieser Pan-
zer in ihrer neuen Eigenschaft sein werden;
voraussichtlich werden sie einen Theil des Dienstes
mitübernehmen, der bis jetzt den „Wachtschiffen“
in unseren Kriegshäfen oblag. Die Wachtschiffe
wurden bisher aus den in Dienst gestellten Kriegs-
schiffen entnommen, es wird also jetzt für die
Kriegsschiffe eine Dienstentlastung stattfinden.

Auf die Frage der Eingekündung der
Vororte ist deren Vermögenslage nicht ohne Be-
deutung. Unsere Leser werden deshalb nicht ohne
Verwunderung vernehmen, daß der Status der Vor-
orte mit einigen wenigen Ausnahmen nichts zu
wünschen übrig läßt. Zu diesen wenigen Aus-
nahmen zählt z. B. Schmargendorf, wo laut dem
letzten Rechnungsbuch 81 000 Mk. Altiva und
100 000 Mk. Passiva gegenüberstanden. Ebenso
weist Schönehausen eine Unterbilanz auf, wenn
auch nur eine solche von 2000 Mk. (30 000 Mk.
Vermögen gegenüber einer Schuld von 32 000
Mk.). Dagegen steht das Schönehauser benachbarte
Pankow glänzend da. Bei einem Vermögen, das
sich auf 132 961 Mk. bezieht, kennt es nur eine
Schuld von 50 100 Mk. Hoch glänzend steht
Schöneberg da, dessen Vermögen von 3 1/2 Millionen
um 2 1/2 Millionen die Schuld übertrifft. Nicht
günstige finanzielle Verhältnisse bestehen auch in
Neu-Weißensee, das ein Vermögen von 1 Million
bezieht gegenüber einer Schuld von 615 000 Mk.
Das Dorf Weißensee hat 75 000 Mk. Altiva und
50 000 Mk. Passiva. Neudammort bezieht ein
Vermögen von 213 000 Mk. und eine Schuld
von 150 000 Mk. und Rixdorf zieht seine Bilanz
mit einem Plus von fast einer Million (1 950 000
Mk. Altiva und 1 044 000 Mk. Passiva), während
Stralau-Rummelsburg dies mit einem Plus von
einem Viertelmillion thut. Treptow hat keinen
Pfennig Schulden, dagegen ein Vermögen von
175 000 Mk., Tempelhof 451 000 Mk. Altiva,
265 000 Mk. Passiva, Wilmersdorf bezieht
668 000 Mk. Vermögen, gegenüber einer Schuld
von 361 000 Mk. und Friedenau ein Vermögen
von 255 000 Mk. bei einer öffentlichen Schuld
von 171 000 Mk. Richtenberg balancirt mit
200 000 Mk. Plus, 665 000 Mk. Altiva und
465 000 Mk. Passiva. Unbedeutend sind die Ver-
hältnisse in Neuendorp (7775 Mk. Vermögen,
2844 Mk. Schulden) und in Hohen-Schönhausen,
das einer Schuld von 3963 Mk. ein Vermögen
von 7400 Mk. gegenüberstellt. Sollte Charlotten-
burg mit in Frage kommen, so liegen die Dinge
auch hier günstig — 24 Millionen Altiva und 13
Millionen Schuld —, so daß Berlin bei Ueber-
nahme der Verwaltung fast in sämtlichen Vor-
orten auf einer gefunden finanziellen Basis weiter-
bauen kann.

Wilhelmshafen, 18. Mai. Das frühere
Flaggschiff des Kreuzergeschwaders Kreuzergregatte
„Leipzig“ mit dem Kommando von Papez
an Bord ist (wie bereits telegraphisch gemeldet)
nach fünfjährigem Aufenthalt in außerordentlichen Ge-
wässern wieder auf der hiesigen Rade wohlbehal-
ten von Kapstadt kommend eingetroffen, um nach
der morgen durch den kommandierenden Admiral
Frichen v. d. Goltz erfolgenden Inspektion in den
Hafen zu gehen und außer Dienst zu stellen.
Während unsere Kreuzergregatten und -Fregatten
in früheren Jahren höchstens 2-2 1/2 Jahre im
Auslande verblieben und mit derselben Mannschaft
auch die Heimreise wieder antraten, ist die
Aufenthaltsdauer derselben seit der weit östli-
chen Einrichtung des Kreuzergeschwaders durch
gecharterte Transpordampfer, welche den auf den

außerordentlichen Stationen verbleibenden Schiffen
neue Befehle zuführen und die alten wieder
in die Heimat befördern, auf mehr als das Dop-
pelte verlängert worden und es verbleiben unsere
auf außerordentlichen Stationen stationierten Schiffe
jetzt in der Regel so lange im Auslande, bis eine
notwendige größere Reparatur die Rückkehr in die
Heimat erforderlich macht. Es dürfte in un-
serer Marine kaum ein Schiff geben, welches ein
so bewegtes Leben hinter sich hat, wie gerade die
„Leipzig“. Die letzten fünf Jahre sind für dieses
Fährzeug eine ununterbrochene Kette wichtiger
Missionen, welche stets mit großen Reisen verknüpft
waren, gewesen, und mit Recht kann man sagen,
daß sich an den Namen „Leipzig“ ein gutes Stück
Geschichte unserer Marine knüpft, soweit diese im
diplomatischen und kolonialen Dienste des Reiches
zur Verwendung gekommen ist. Im April 1888 ver-
ließ die Kreuzergregatte „Leipzig“ unter Kommando
des Korvetten-Kapitäns Hartog den hiesigen Hafen
und traf am 29. Juli desselben Jahres vor San-
fobar ein, wo selbst die Korvetten „Sophie“, „Olga“
und „Carola“, später auch der Aviso „Plei“ und
der Kreuzer „Schwalbe“ unter dem Kommando
des damaligen Kommando-Admirals Deinhard zusam-
mengezogen wurden und das Vlodadesgeschwader
bildeten. Die freigelegten Ereignisse, welche sich
zu jener Zeit an der ostafrikanischen Küste abspiel-
ten und die Theilnahme unserer Schiffe an den-
selben sind noch in aller Gedächtnis. Nach Auf-
hebung der Vlodade, welche bekanntlich von unsern
Schiffen vom 2. bis 10. Längengrade auf-
recht erhalten wurde, wurde die „Leipzig“ mit
Rücklicht auf den Gesundheitszustand der Be-
satzung nach Kapstadt beordert und ging von dort
auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers nach Griechen-
land zur Theilnahme an den maritimen Datio-
nen, welche im Piraeus anlässlich der Hochzeits-
feierlichkeiten des griechischen Kronprinzenpaars
stattfanden. Deinhart, welcher im Januar zum
Vize-Admiral befördert wurde, übergab das Kom-
mando des Kreuzergeschwaders, welches inzwischen
eine neue Zusammenfassung erfahren hatte, indem
an Stelle der „Olga“ und „Carola“ die Kreuzer-
torvette „Mazandine“ getreten war, an den
Kommando-Admiral Ballois, welcher mit dem Geschwader
von der ostafrikanischen Küste über Yokohama
durch den Stillen Ocean nach Chile segelte, wo-
selbst der ausgebrochene Krieg ein Erscheinen
deutscher Kriegsschiffe dringend notwendig machte.
Nach Beendigung der Unruhen trat das
Geschwader die Reise nach Kapstadt an,
wo selbst im Februar vorigen Jahres Anker
geworfen wurde. In Kapstadt fand ein abwechselnder
Kommandowechsel statt. Kommando-Admiral von
Papez schiffte sich über England nach Kapstadt
ein und übernahm hier den Befehl über das
Kreuzergeschwader, welches unter ihm eine Kreuz-
fahrt an der ostafrikanischen Küste entlang unter
Anlaufen der deutschen Plätze und Sanfobars
nach Ostafrika machte und von dort nach Kapstadt
zurückfuhr, wo selbst aus dem früher schon be-
kannten Gründen die Auflösung des Kreuzer-
geschwaders in die Rückbeorderung des Flaggschiffes
„Leipzig“ in die Heimat erfolgte. Die „Leipzig“
hat somit während ihres Aufenthalts im Auslande
fast zwei Mal die Reise um die Welt gemacht
und ist, wie leicht erklärlich, nicht unbedeutend
mitgenommen, so daß eine Grundreparatur des
Schiffes erforderlich wurde. Diese in Kapstadt
vornehmen zu lassen, wäre sehr unökonomisch ge-
wesen, weshalb eine Rückberufung der Fregatte in
die Heimat vorgezogen wurde. Es erscheint
jedoch fraglich, ob die Marine-Verwaltung ein-
seitige Wiederankunftsetzung des sehr ver-
brauchten Schiffes noch für zweckmäßig hält und
somit dürfte die jetzt glücklich beendete Reise
die letzte gewesen sein, welche die „Leipzig“ ge-
macht hat.

Wilhelmshafen, 19. Mai. S. M. Kreuzer-
regatte „Leipzig“ ist heute Nachmittag 4 Uhr
unter entzündlichen Begrüßungen und den
Klangen der Marinekapelle in den Hafen einge-
gelaufen. An Bord befanden sich der kommandierende
Admiral Frhr. v. d. Goltz, Vize-Admiral Ballois
und Kommando-Admiral v. Papez.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Mai. Nachdem die Jungge-
dienten im böhmischen Landtage zur offenen Gewalt-
thatigkeit geschritten sind und in ihrer Verrohung
so weit gegangen, die Verhandlung in brutaler
Weise zu stören — sie rissen sogar den Stenographen
die Manuscripte weg — blieb nichts anderes
übrig, als die Schließung des Landtages anzu-
ordnen. Es vollzog sich dies mit ungewöhnlicher
Geschwindigkeit. Der Statthalter benachrichtigte
den Kaiser-Präsidenten von den Vorfällen, ein
sogleich einberufenen Ministerrath stimmte der
Schließung des Landtages bei, die kaiserliche Ge-
nehmigung wurde sofort eingeholt, und schon in
den Abendstunden war der Statthalter im Besitze
der telegraphischen Weisung, die Schließung des
Landtages anzuordnen. Wir glauben, daß die
Regierung, wie peinlich sie auch davon berührt
gewesen sein mag, diesen Schritt thun zu müssen,
im Herzen froh sein dürfte, daß sich die Jung-
gelehrten zu so offenkundiger Weisheit uns Unrecht
gelegt und den Anlaß gegeben haben, dieses An-
staltsmittel zu ergreifen. Da die Ermächtigung
zur Einhebung der Steuern vorliegt und daher
für die Deckung der Landesausgaben gefordert ist,
wird man sich mit der Wiedereinberufung des
Landtages nicht zu beilen brauchen und wird mit
Ruhe daran gehen können, die Verhältnisse so zu
regeln, um die Verhandlungen des Landtages in
einem späteren Zeitpunkt wieder in Ruhe auf-
nehmen zu können. Es wird für die Entwicklung
der Dinge doch nur von Vortheil sein, daß die
Großgrundbesitzer nun wissen, woran sie mit den
Junggelehrten sind, und auch auf die Verödung
wird es wohl nicht ohne Einbruch bleiben können,
wenn dieselbe wahrnimmt, wie unfruchtbar das
Wien ihrer junggelehrten Vertreter im Landtage
wie im Reichsrathe gewesen.

Wien, 19. Mai. Der greise ehemalige
Staatsminister Anton Ritter von Schmerling ist
neuerdings an einer infanzartigen Lungener-
krankung bedenklich erkrankt, sein Zustand erweist
die ernstesten Befürchtungen.

Best, 19. Mai. Dem Standbild des Kaisers
Franz in Prag wurde von junggelehrten Demon-
stranten ein Strich um den Hals gelegt.

Graf Ferdinand Zichy verbinde durch die
Auszahlung des Magnatenhanfens die Annahme
des Gegenwurfs betreffend die Regelung der
Lehrerbefugnisse.

Zur Enthüllung des Honved-Denkmal sind
70 Magnaten-Deputationen und 180 Abgeordnete
angemeldet.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Paris beschäftigt sich
wieder einmal mit den Anarchisten. Ueber die
erste Phase der neuen Anarchistenaffäre habe ich
Ihnen bereits berichtet, und der Verlauf, welcher
die Angelegenheit nimmt, ist interessant genug,
um Ihren Lesern nicht vorenthalten zu werden.
In der Hütte, in welcher die Bomben aufgefunden
wurden, reparierte Doudon gewöhnlich die ihm
zum Ausführen gegebenen Möbel. Die Frau
Doudon's versichert gegenüber dem Untersuchungs-
richter fortwährend, daß ihr Mann der gut-
müthigste Mensch der Welt sei, und daß er, nur
theoretischer Anarchist, niemals ein Anhänger der
Propaganda gewesen. Sie versichert mit der
größten Energie, daß Doudon nichts davon ge-
wußt habe, daß seine Freunde in der Hütte
Bomben und ähnliches verfertigt hätten. Als
Beweis hierfür führte die ziemlich Vertrauen er-
weckende Frau den Umstand an, daß sie mit
ihrem Töchterchen ohne jede Zwischenpause in der
Hütte gewohnt habe; niemals hätte ihr Mann ge-
dultet, daß sie mit ihrem Kind der Gefahr einer
Explosion ausgesetzt wäre.

Da die andern Verhafteten ebenfalls ihre
Unschuld betheuern, so ist die Frau Doudon's
nicht abgeneigt zu glauben, daß entweder Agenten
oder irgend ein Anarchist, welcher mit ihrem
Mann in Feindschaft gelebt habe und sich an ihm
rächen wollte, den Stroh mit den Bomben
unter dem Fußboden der Hütte eingegraben hätten,
um hierauf Doudon zu benutzten.

Diese Darstellung, welche natürlicherweise
manchen Zweifel des Untersuchungsrichters hervor-
ruft, wird indessen durch die Thatsache unterstützt,
daß es sehr leicht war, während der Abwesenheit
Doudon's oder seiner Frau in die Hütte einzudringen,
deren Thüren nur mit einem Eisenstahl,
welchen Jedermann leicht losmachen konnte, ver-
schlossen waren.

Andereits dagegen ist Doudon nach dem
Zeugniß einiger Nachbarn durchaus nicht der
harmlose ruhige Arbeiter, wie ihn seine Frau dar-
stellt. Seine Hütte war, nach diesen Aussagen,
der Rendezvous-Platz zahlreicher Anarchisten,
welche dort ihre Versammlungen abhielten, da die
Hütte sich in Folge ihrer isolirten Lage vorzüglich
zu diesen geheimen Versammlungen eignete.

Unter den vorgefundenen beschlagnahmten Papieren
Doudon's wurde eine ziemlich reichhaltige Korre-
spondenz in Geheimschrift gefunden. Heute nun
wurde in der Wohnung des Mitverhafteten
Dewelle der Schlüssel zu der Geheimschrift ent-
deckt. Bis jetzt konnte man so viel aus der
Korrespondenz dieser Bande herauslesen, daß die-
selbe sich speziell für den Diebstahl, Raub und die
Brandstiftung organisiert hatte. Von Dynamit-
anschlüssen oder ähnlichen Plänen wurde in den
Briefen nichts gefunden.

Paris, 18. Mai. Die gestrige Anfrage de
Majors in der Kammer über Magasins und
Egypten hat dem Minister des Auswärtigen die
Gelegenheit gegeben, den vielen schönen Reden über
das nicht mehr ganz neue Thema „die Engländer
am Nil“ eine neue anzufügen. Es galt „die
schamlose Rede Gladstones über die Rechte Frank-
reichs in Egypten“ zurückzuweisen, wie die „Re-
bert“ sich ausdrückt. Gladstone giebt sich durch
seine inkonsequente Haltung ja in der That auch
genug Bloß, aber ob Frankreich diesen Vortheil
auszunutzen wird, bleibt doch noch recht zweifelhaft.
Herr Dewelle wird Pourparlers mit England über
diese Angelegenheit wieder aufnehmen und her-
vorheben, daß Frankreich auf sein Recht, in
Egypten ein Wort mitzusprechen, nicht verzichten
will. Allein, was bei diesen Versprechungen und
Unterhandlungen herauskommt, weiß man ja.

Die Anarchistenverhaftungen werden fortge-
setzt; aber die Verhafteten sind indessen, so viel
auch über sie gesprochen wird, noch nicht viel Zu-
verlässliches bekannt. Eines scheint festzustehen:
die Führer sind arbeitsfähige Menschen, Strolche, im
schlimmsten Sinne des Wortes, die Mitschuldigen
von ihnen verübten Verbrechen, die ebend in ihrem
Tage Thätiges leisteten! Ganz daffelbe stellte
man jedesmal dann fest, wenn man sich die Leute,
die wegen anarchistischer Untriebe verhaftet wor-
den, näher ansah.

Wir haben einmal wieder einen Finanzkrach
zu verzeichnen. Die Passiva des „Comptoir des
Comptes nationaux“ belaufen sich auf 25 Mil-
lionen, zwei Verwaltungsräte haben sich auf dem
nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Flucht in
eines der Länder begeben, wo Aaren-Arten weilen
mag, und an der Spitze der Flucht stand ein
Mann mit dem ebenfalls nicht ganz ungewöhn-
lichen, vielsagenden Namen Cahn.

Das „Echo de Paris“ berichtet folgendes:
„Zahlreiche eisenlothringsche Soldaten, welche
nach einer fünfjährigen Kampagne in Algerien,
Toungis und Dahomey heimgekehrt sind, über-
schweben gegenwärtig Besorg, Espinal, Nancy
und viele kleine Städte an der Agnere. Da sie
nicht in ihre Heimat zurückkehren können, warten
sie sehnlichst, und zwar in einem dem Elend
nahe Zustande, daß die französischen Behörden
ihnen eine Anstellung verschaffen. . . .“ In
der sehr richtigen Voraussetzung, daß die Unglü-
cklichen, bevor diese erfolgt, zeumal verhungern
können, nimmt die Presse die Sache in die Hand
und veranstaltet Sammlungen. Man weiß in-
dessen, wie diese gemacht werden und wie wenig
von dem Gelde in die Hand derer kommt, für die
es bestimmt ist. Letztere werden also Zeit haben,
wo nicht zehnmal, so doch fünfmal zu verhungern.
Wenn man bedenkt, daß Anzeigen wie die
vorgenannten sich alljährlich in der Pariser Presse
finden, so begreift man kaum, daß sich noch
immer Schlaf-Verdrüßler zur Defektion verleiten
lassen. Dann weiß man ihnen hier dafür ge-
wis nicht.

Italien.

In Italien ist gestern ursprünglich eine Minister-
krise ausgebrochen. Wie man aus Rom tele-
graphirt, lebte die Kammer mit 139 gegen 138
Stimmen das Budget des Justizministers ab.
Der Justizminister Bonacci reichte darauf sofort
seine Demission ein, das gesammte Ministerium
dürfte folgen. Das Stimmenverhältnis — 139
gegen 138 — wonach in dem sehr schwach be-
suchten Hause die Niederlage der Regierung
mehrheit durch eine einzige Stimme herbeigeführt
wurde, rief in der Kammer lebhafteste Bewegung
hervor. Der Ausgang der Krise läßt sich vor-
läufig nicht absehen. Möglicherweise, daß Giotelli mit
der Rekonstruktion des Kabinetts betraut; mög-
licherweise auch, daß Francesco Crispi vom König
wieder an die Spitze der Geschäfte berufen wird.

